

29
83

Union in Deutschland

Bonn, den 22. September 1983

Frieden und Freiheit gehören zusammen

In diesen Wochen und Monaten stehen wir vor Entscheidungen von historischer Tragweite. Es geht um existentielle Fragen von Frieden und Freiheit, es geht um unsere Sicherheit, es geht um die Wiederherstellung eines Gleichgewichts zwischen Ost und West, erklärte Helmut Kohl zum Auftakt der Aktion „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ am Montag, 19. September 1983, im Bonner Konrad-Adenauer-Haus. Erschienen waren ca. 500 Funktions- und Mandatsträger der Partei.

Gerade wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, als Regierungspartei tragen eine besondere Verantwortung für den Frieden und die Freiheit unseres Landes. Deshalb ist es unsere Aufgabe, mit allen Bürgern das Gespräch über die Ziele unserer Friedenspolitik und ihre sittlichen Grundlagen zu führen, stellte der Kanzler fest.

Mit der Aktion „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ wollen wir in 10 000 Friedenstagen auf die Menschen überall im Lande zugehen. Diese Aktion wird erfolgreich sein, weil sich alle in der Union, die Mandatsträger, die Kreis- und Ortsvorsitzenden, die hauptamtlichen Mitarbeiter und viele Mitglieder mit ganzer Kraft dafür einsetzen.

Ich danke jedem einzelnen, der seinen Beitrag leistet. Ich erwähne hier besonders die ausgezeichnete Vorarbeit unserer Bundesgeschäftsstelle, die uns wertvolles Informations- und Argumentationsmaterial zu allen Aspekten dieses bewegenden Themas zusammengestellt hat.

Liebe Freunde!

Die Sicherung von Frieden und Freiheit war für die Christlich Demokratische Union Deutschlands von Anfang an ganz selbstverständlich der erste und wichtigste Auftrag für alle Politik. Die Union ist 1945 von Männern und Frauen gegründet worden, die aus den Erlebnissen eines schrecklichen Krieges, aus den bitteren — auch persönlichen — Erfahrungen mit der Nazi-Diktatur die geschichtlichen Lehren gezogen hatten. Der erste in Berlin frei gewählte CDU-Vorsitzende war Andreas Hermes. Er und viele andere Grüne

der der Union hatten ihr Leben im Widerstand gegen Hitler gewagt. Sie hatten sich eingesetzt für Menschenwürde und Freiheit, für das Recht und gegen den Krieg. Diese Wurzeln der CDU im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, gegen Gewaltpolitik im Innern wie nach außen sind uns ständig gegenwärtig.

Noch heute wirken für die Union in vielen verantwortlichen Aufgaben Männer und Frauen, die im Unrechtsstaat der Nazis Schlimmes erlebt haben — am eigenen Leibe, in der Familie, in ihrem Freundeskreis.

Friedensliebe und das Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie prägen die Union seit diesen Anfängen; sie sind das moralische Fundament unserer Politik für Frieden und Freiheit.

Genau dies meine ich, wenn ich immer wieder sage: Wir müssen Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.

Wir sind verpflichtet, nach immer neuen Wegen zu suchen, die die friedliche Lösung von Spannungen durch politischen Ausgleich ermöglichen.

Wir wollen überprüfbare Abrüstung, die zu einem Gleichgewicht der Kräfte auf möglichst niedrigem Niveau führt. Dies ist auch das Angebot im NATO-Doppelbeschluß.

243 sowjetische SS-20-Raketen mit 729 nuklearen Sprengköpfen sind zur Zeit auf Westeuropa gerichtet. Der Aufbau von Abschußrampen geht immer noch weiter. Das westliche Bündnis hat dem bis jetzt nichts Vergleichbares entgegenzusetzen.

Die Bedrohung des Westens, die Gefahr für unsere Freiheit nimmt damit ständig zu. Wenn es etwas gibt, was Angst einflößen kann, dann ist es diese sehr reale Bedrohung, aber doch ganz gewiß nicht die Entschlossenheit des Westens, ihr standzuhalten.

Wir verstehen das historisch begründete Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion. Wofür wir aber überhaupt kein Verständnis haben, und was wir auch nicht hinnehmen können, das ist die sowjetische Überrüstung und das Streben nach militärischer Überlegenheit. Dieses Sicherheitsstreben begegnet uns immer wieder in einer erschreckenden, brutalen Rücksichtslosigkeit.

Die Sowjetunion muß ihren Friedenswillen jetzt in Genf unter Beweis stellen. Sie kann nicht erwarten, daß ihr Monopol bei landgestützten Mittelstreckenraketen anerkannt wird. Wir können nicht zulassen, daß Westeuropa eine Zone minderer Sicherheit wird und die Sowjetunion die Atomraketen behält, die auf uns gerichtet sind.

Der Westen hat bereits zum wiederholten Mal den ersten Schritt getan und viele Zugeständnisse gemacht. Weitere Vorleistungen würde die Sowjetunion nur als Zeichen der Schwäche verstehen. Jetzt ist es an der Zeit, daß sich die Sowjetunion endlich zu einem Kompromiß bereitfindet. Sie wird das nur tun, wenn sie überzeugt ist, daß wir zu dem stehen, was wir im Bündnis beschlossen haben. Ich bin zuversichtlich, daß sie dann ihre starre Haltung aufgeben und sich auf einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiß zubewegen wird.

Wer sowjetisches Einlenken wünscht, darf der Sowjetunion nicht Hoffnung machen, ihr Übergewicht bewahren zu können. Wer jetzt zur Nachrüstung nein sagt, der ermuntert die Sowjetunion geradezu, nein zu sagen zur Abrüstung. Er bringt sie ihrem Ziel näher: dem politischen Sieg im atomaren Frieden.

Die CDU und die von mir geführte Bundesregierung lehnen es strikt ab, unsere Verhandlungssubstanz aus der Hand zu geben. Ich habe auch der sowjetischen

Führung unmißverständlich klar gemacht: Wenn sich in diesem Jahr ein konkretes Verhandlungsergebnis noch nicht erzielen läßt, dann wird entsprechend den im Bündnis eingegangenen Verpflichtungen die Stationierung wie geplant beginnen.

In einer großen deutschen Tageszeitung ist zutreffend kommentiert worden: Wer jetzt die Stationierung neuer Waffen vor Ablauf der Gespräche ablehne, der akzeptiere die sowjetische Überrüstung ohne einklagbare Bedingungen. Die Verhandlungen würden dann zur Farce.

Der Genfer Kompromiß ist nicht eine Frage der Zeit, sondern eine Frage des Willens. Das ist auch den besonnenen Kräften der SPD klar, doch wo bleibt Ihre Stimme?

Jedermann weiß, daß wir in der Sicherheitspolitik das fortführen, was mein sozialdemokratischer Amtsvorgänger begonnen hat. Helmut Schmidt hat sich mehrfach als Urheber des NATO-Doppelbeschlusses bezeichnet, und dieser Beschuß ist in der Tat auch sein Verdienst.

Als die Union noch die Opposition bildete, haben wir den Kurs Helmut Schmidts unterstützt, weil er vernünftig und richtig ist. Heute muß eine unionsgeführte Bundesregierung die Politik des letzten sozialdemokratischen Kanzlers gegen dessen eigene Partei durchsetzen.

Die SPD aber fällt zurück in die sicherheitspolitische Isolation der 50er Jahre, aus der sie Männer wie Herbert Wehner herausgeführt hatten.

Lange vorbei ist die Zeit, in der sozialdemokratische Sicherheitspolitik beispielsweise von Georg Leber gestaltet wurde. Die Politik der SPD wird heute vom linken Parteiflügel bestimmt. Eine SPD-Gliederung nach der anderen macht Front gegen den NATO-Doppelbeschuß.

Wie es in der SPD heute aussieht, das hat vor sechs Tagen eine Fraktionssitzung beklemmend deutlich gemacht. Der Parteivorsitzende Brandt gab zu erkennen, daß er von jeher gegen den NATO-Doppelbeschuß Bedenken gehabt und diese nur mit Rücksicht auf den sozialdemokratischen Bundeskanzler „für eine Weile“ zurückgestellt habe. Ein erstaunliches Bekenntnis.

Der Fraktionsvorsitzende sah ein Spannungsverhältnis zwischen drei Strömungen in seiner Partei, das am Ende jeder in der SPD mit sich selbst ausmachen müsse. Das ist Abschied vom Gestalten der Politik.

Helmut Schmidt erinnert die Fraktion daran, daß sie es noch in ihrer „Handreichung“ vom 1. Juni 1983 abgelehnt habe, eine Reaktion der NATO auf die SS-20 auszuschließen und der Sowjetunion damit freie Hand zu geben.

Es ist bemerkenswert, wie Helmut Schmidt den Wandel in der SPD charakterisiert hat. Ich zitiere:

„Ich denke, daß alle diejenigen, die positiv am Zustandekommen der Parteitags- und Fraktionsbeschlüsse durch ihre Stimme, durch ihr Handaufheben mitgewirkt haben, die moralische — übrigens auch die politische — Pflicht haben, das, was mit ihrer Stimme beschlossen worden ist, an jedem Ort zu vertreten und überall mit der gleichen Zunge zu sprechen. Das ist eine Frage der Zivilcourage und Selbstachtung; der politischen Moral.“

Die Kehrtwendung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bereitet mir und vielen Bürgern unseres Landes tiefe Sorge. Sie wird auch in unseren Partnerländern — und dort gerade auch von sozialistischen Parteien — verständnislos und mit großer Unruhe verfolgt.

Die Mehrheit der SPD findet sich schon mit der klaren militärischen Übermacht der Sowjetunion ab. Die Gefahr, die uns von den SS-20-Raketen droht, wird verdrängt, zum Teil gar verleugnet.

Diese Entwicklung ist schon schlimm genug. Die Absage an den NATO-Doppelbeschuß bedeutet leider aber noch viel mehr. Hier wird — konsequent zu Ende gedacht — sogar unsere Mitgliedschaft im Bündnis in Frage gestellt.

Das ist es, was mich am meisten an der Entwicklung der SPD beunruhigt. Einige — und das sind die Ehrlicheren — fordern offen den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO. Andere stellen unsere NATO-Mitgliedschaft in Frage für den Fall, daß wir zu unserem Schutz amerikanische Mittelstreckenwaffen stationieren müssen.

Solchen Erklärungen wird auf SPD-Parteitagen und -kongressen heute zugejubelt.

Die SPD muß jetzt endlich Antwort auf die Frage geben, wohin ihr Kurs in der Sicherheitspolitik führen soll. Ist es der SPD überhaupt noch bewußt, daß wir nur mit dem Bündnis Frieden, Freiheit und Demokratie für unser Land bewahren können?

Warum steht davon nichts in dem Beschuß, mit dem der SPD-Parteivorstand seinem Mitglied Lafontaine geantwortet hat?

Wo bleibt der Widerspruch gegen den sozialdemokratischen Schulesenator von Hamburg, der es für eine „Verbiegung junger Menschen“ hält, Schüler über Sinn und Zweck unseres Verteidigungsbündnisses zu unterrichten?

Wann erinnern die Vorsitzenden von Partei und Fraktion daran, daß Bürger unseres Landes auch deshalb vor amerikanischen Kasernen in Freiheit demonstrieren können, weil amerika-

nische Soldaten diese Freiheit schützen?

Gerade weil die USA als starkes freiheitliches Land unsere Freiheit schützen, finde ich es erschreckend, daß führende Sozialdemokraten immer wieder die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion moralisch auf eine Stufe stellen.

Für uns gibt es keinen gleichen Abstand zur amerikanischen Demokratie und zur sowjetischen Diktatur. Wir wissen, wo die Menschenrechte geschützt, und wo sie verletzt werden. Unser Land steht nicht zwischen beiden, sondern auf der Seite der Freiheit, auch auf der Seite unserer amerikanischen Freunde. Das sollte auch der SPD stets bewußt bleiben. Doch dort wird die Begriffsverwirrung leider noch viel weiter getrieben. Da werden die USA als Besatzungsmacht in unserem Land bezeichnet.

Da ist von nuklearem Pokerspiel und imperialer Politik der USA die Rede. Und da wird der Präsident unseres wichtigsten Verbündeten, dessen Wiederaufnahme von Helmut Schmidt vor kurzem befürwortet wurde, auf einer SPD-Veranstaltung Verbrecher genannt

und dies nicht etwa von irgendwem, sondern von dem Moderator, den die Partei verpflichtet hat. Und der stellvertretende Parteivorsitzende Johannes Rau bringt nicht einmal den Mut auf, ihn auf offener Bühne vor dem Publikum zurechtzuweisen.

Dies alles wäre schon besorgniserregend genug, wenn es hier nur um innere Angelegenheiten der Sozialdemokraten ginge. Aber es geht um mehr. Es betrifft uns alle, wenn die SPD dabei ist, Jahrzehntelange Gemeinsamkeiten zwischen den demokratischen Parteien aufzugeben.

Ich rufe die Sozialdemokraten auf, — unsere Freundschaft mit den USA pfleglich zu behandeln,

– mit diffusen Äußerungen zu unserer Mitgliedschaft im Atlantischen Bündnis aufzuhören und

– sich unmißverständlich zu dieser Wertegemeinschaft zu bekennen.

Und ich fordere die SPD auf, die Sicherheitspolitik der Bundesregierung zu unterstützen, wie wir das gegenüber der Regierung Schmidt getan haben.

Die SPD beruft sich in diesen Tagen oft darauf, die Mehrheit der Bevölkerung wolle die Raketen nicht. Aber sie hat damit die falsche Frage gestellt. Ich kenne niemanden, der raketensüchtig ist. Es geht nicht darum zu ermitteln, wer Raketenfreund und wer Raketengegner ist.

Es geht darum, für welchen Weg zur Sicherung von Frieden und Freiheit sich die Bürger unseres Landes entscheiden. Wir haben vor der Wahl in aller Offenheit den Weg beschrieben, den wir für richtig halten. Die große Mehrheit der Wähler ist bereit, diesen Weg mit uns zu gehen.

Liebe Freunde, ich bedauere es in diesen Tagen sehr, daß die Diskussion über die Friedenssicherung in unserem Land nicht immer friedlich und fair geführt wird. Was sollen wir etwa davon halten, daß den Befürwortern des NATO-Doppelbeschlusses unterstellt wird, sie glauben eher an die Bombe als an Gott. Ist dies ein Ausweis christlichen Respekts vor dem Mitmenschen?

Bei aller Härte der Auseinandersetzung sollte niemand etwas tun, was den anderen in seinen tiefsten Gefühlen bedrückt. Zur Friedensliebe gehört die Achtung vor dem Nächsten und für seine Motive.

Ich gehe davon aus, daß alle Deutschen Frieden wollen. Niemand hat das Recht, für sich in Anspruch zu nehmen, er sei entschiedener, bewußter und leidenschaftlicher für den Frieden als ein anderer. Alle Deut-

schen sind Mitglied einer gemeinsamen großen Friedensbewegung.

Und gerade weil dies so ist, muß jeder dazu beitragen, daß auch in diesen Tagen und Wochen der innere Frieden in unserem Land gewahrt bleibt und daß die Demokratie keinen Schaden nimmt.

Ich halte es nicht für überraschend, sondern für selbstverständlich, daß in der Schicksalsfrage der Sicherung von Frieden und Freiheit unterschiedliche Meinungen hart aufeinanderstoßen. Eine solche Auseinandersetzung kann gut und fruchtbar sein.

Aber in unserer Demokratie entscheidet im Streitfall die Mehrheit des Deutschen Bundestages, unseres freigewählten Parlaments. Es geht nicht an, diese Regeln unserer Verfassung in Frage zu stellen.

Dies gilt auch für sogenannte Überlebensfragen; für sie gilt es sogar erst recht. Gerade hier gibt es nicht die geringste Legitimation für ein Diktat der Minderheit gegen die Mehrheit.

Die Anerkennung des Mehrheitsprinzips schafft die Voraussetzung, politischen Streit friedlich zu entscheiden. Sie ist damit ein Beitrag zum inneren Frieden.

Die Alternative wäre die Diktatur der Minderheit. Mit Demokratie hätte dies nichts mehr zu tun. Deshalb gibt es auch kein Widerstandsrecht gegen die demokratische Mehrheitsentscheidung.

Ich begrüße es, daß dies neben anderen auch der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Kirchen und zahlreiche Wissenschaftler mit aller Deutlichkeit gesagt haben. Zu Recht hat Kirchenpräsident Hild vor den folgenschweren Mißverständnissen gewarnt, die entstehen können, wenn der durch die deutsche Geschichte besetzte

Begriff „Widerstand“ immer häufiger verwandt wird.

Die Geschichte der Christlich Demokratischen Union, unsere Wurzeln im Widerstand, unser geistiges und moralisches Erbe, unsere personelle Tradition geben gerade auch uns die Verpflichtung auf, jeden leichtfertigen Umgang mit dem Wort Widerstand zurückzuweisen und jede Entwertung des Begriffs abzuwehren.

Ich hoffe, daß hier die SPD mit ihrer großen demokratischen Tradition ganz eindeutig an unserer Seite steht. Das Mehrheitsprinzip ist das Herzstück der demokratischen Friedensordnung.

Sozialdemokraten sollten es vermeiden, sich an der Auflösung klarer Maßstäbe zu beteiligen, die mit Begriffen wie „Widerstand“, „ziviler Ungehorsam“ und „Regelverstoß“ beabsichtigt ist.

Es ist erschreckend, wie damit das Rechtsbewußtsein in unserem Land ausgehöhlt wird. Hier darf und kann es keine Unklarheit geben: Was als ziviler Ungehorsam beschönigt wird, ist bewußter Rechtsbruch. Und es kann auch daran keinen Zweifel geben, daß die angeblich friedliche Blockade vor Kasernentoren schon deshalb nicht gewaltfrei ist, weil sie die Freiheit von Mitmenschen ganz bewußt einschränkt.

Viele von denen, die dabei mitmachen, rufen sich auf Mahatma Gandhi. Er jedoch hat — das sollten alle bedenken — Blockade und Sitzstreik ohne Wenn und Aber verurteilt, und zwar mit den Worten:

„Ich nenne es Barbarei, denn es ist eine unreife Art, auf andere Zwang auszuüben. Es ist feige, denn wer Sitzstreik sitzt, weiß genau, daß man nicht über ihn hinwegtrampelt.“

Wer jungen Menschen in der Protestbewegung wirklich helfen will, soll ihnen den Weg zur demokratischen Auseinanderset-

zung zeigen und sie nicht in der Anwendung undemokratischer Mittel bestärken.

Ich rufe alle Mitbürger auf, im Streit um den besten Weg zur Sicherung des äußeren Friedens den inneren Frieden nicht aufs Spiel zu setzen. Wir alle sollten bei dieser Bewährungsprobe unserer Demokratie die Mahnung der katholischen Bischöfe zum Streit um den Frieden nicht vergessen:

„Gruppen und Initiativen, die die Entscheidungen der Politiker als falsch empfinden, müssen immer wieder prüfen, ob die Methoden ihres Einspruchs oder Protests ihren christlichen Friedenswillen glaubhaft bezeugen. Wir bitten Sie, Wege zu wählen, von denen sie begründet sagen können, daß sie gewaltfrei bleiben, den Grundwerten des Grundgesetzes verpflichtet sind und nicht zu gesetzwidrigen Handlungen führen.“

Wir Christlichen Demokraten sind entschlossen, diese Friedensdiskussionen offen und in Achtung vor dem Nachsten zu führen. Wir wollen dabei Vorbild sein. Wir verstecken uns nicht, wir gehen hinaus in alle Teile unseres Landes: Bei 10 000 Friedenstagen stellen wir uns dem Gespräch mit dem Bürger und erklären, wofür wir stehen. Ich appelliere an Sie alle: Mischen Sie dabei mit.

Manche mögen glauben, der Zeitgeist blase uns bisweilen wie ein Sturm ins Gesicht. Aber die große Mehrheit der Bürger unseres Landes hat zu uns Vertrauen. Wir bleiben uns selbst treu,

- **unserer Absage an Gewalt und Rechtsbruch,**
- **in unserem beharrlichen Einsatz für den Frieden und die Freiheit,**
- **für eine friedliche und freiheitliche Zukunft unseres Vaterlandes.**

HEINER GEISSLER:

Wir müssen die geistige Auseinandersetzung bestehen!

Liebe Parteifreunde, wir sind in der Vorbereitung unserer Aktion „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ oft gefragt worden, warum wir dies tun. 10 000 Friedenstage klingt ja großartig und machtvoll. Es hängt damit zusammen, daß wir 10 000 Ortsverbände haben, und wir wollen in allen Ortsverbänden, in allen Kreisverbänden in diesen wichtigen Wochen und Monaten unsere Position darlegen.

In einer Zeit, in der wir uns alle in einer historisch bedeutsamen Periode unserer freiheitlichen Demokratie befinden, soll uns niemand später den Vorwurf machen dürfen, wir hätten in dieser historisch, für Freiheit, Demokratie und Frieden wichtigen Zeit versagt. Deswegen möchte ich dem Bundeskanzler im Namen der Christlich Demokratischen Union dafür danken, daß er auch in der Regierungsverantwortung unsere Grundsätze umgesetzt hat, die darin bestehen, daß wir Verteidigungsbereitschaft und Verteidigungsfähigkeit im Bündnis mit den westlichen Demokratien aufrechterhalten, auch bei uns in Deutschland verteidigen und sie gleichzeitig verbinden mit dem Willen, mit den osteuropäischen Ländern in vertragliche bessere Beziehungen zu kommen, um auf der Basis der Verteidigungsfähigkeit und Mitwirken beim Abbau der Spannungen durch die Bundesregierung die Basis für einen tragfähigen Frieden zu bewahren.

Aber wir müssen auch sehen, in welcher geistigen Landschaft wir diese

10 000 Friedenstage nun durchführen. Und wenn wir uns die Diskussion betrachten, die nun schon seit Wochen und Monaten bei uns in der Bundesrepublik Deutschland geführt wird, dann ist diese geistig-politische Landschaft in einem hohen Maße geprägt durch eine geistige Verwirrung in den Köpfen vieler Menschen, eine geistige Verwirrung, die die Grundlagen unserer Politik bedroht. Wie sieht denn die Situation aus?

Ich spreche hier zunächst einmal die sogenannte Friedensbewegung an. Wenn ich sage: „sogenannte“, dann nicht deswegen, weil wir den vielen Menschen, die in diesen Organisationen mitarbeiten und mitwirken, den Willen zum Frieden und die Gesinnung für den Frieden absprechen. Dies tun wir nicht.

Aber ich sage „sogenannte“ Friedensbewegung, weil wir uns gegen den moralischen Alleinvertretungsanspruch für den Frieden, der von diesen Organisationen ausgeht, wehren. Wir, meine lieben Parteifreunde, stehen, wenn wir unsere Verteidigungspolitik begründen — und dies müssen wir in diesen 10 000 Aktionen, die von Flensburg bis nach Konstanz von uns geführt werden —, in unserer Verteidigungspolitik auf einem moralisch sicheren Boden.

Die Gesinnung mag einwandfrei sein bei den allermeisten, aber wir erlauben uns, die Frage zu stellen nach der moralischen Qualifikation, nach den Folgen, die eintre-

ten würden, wenn die sogenannte Friedensbewegung sich politisch durchsetzen könnte. Es ist eine Aufgabe in diesen 10000 Veranstaltungen, daß wir alle die, die in dieser Friedensbewegung mitarbeiten, die Pazifisten, unsere politischen Gegner, auch zwingen, radikal und konsequent zu Ende zu denken, welche Folgen es für den Frieden und für die Freiheit hätte, wenn ihre politischen Vorstellungen im Westen eine Mehrheit bekämen.

Wir können es nicht akzeptieren, daß es Gruppen und Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland gibt, die die Moral für sich in Anspruch nehmen, die den Frieden für sich in Anspruch nehmen, aber möglicherweise in ihrem Hinterkopf froh darüber sind, daß es hier wie in den anderen westlichen Ländern immer noch eine Mehrheit von den Bürgern gibt, die durch ihren Willen zur Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft garantieren, daß z. B. der Wehrdienst aus Gewissensgründen verweigert werden kann und jedes freie Wort möglich ist.

Die geistige Verwirrung, die in vielen Köpfen vorhanden ist, ist auch eine geistige Verwirrung, die von der anderen großen Volkspartei, der Sozialdemokratischen Partei, ausgeht. Und ich stehe nicht an zu sagen, die Sozialdemokraten tragen eine Hauptverantwortung für diese geistige Verwirrung, weil sie es in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung versäumt haben, dem deutschen Volk den Verteidigungsgedanken zu erklären.

Sie haben das deutsche Volkführungslos gelassen als Regierungspartei, sie haben sich in dieser entscheidenden Frage aufgelöst in sich gegenseitig bekämpfende Fraktionen und letztendlich ihren eigenen Bundeskanzler im Stich gelassen. Diese geistige Auflösung auch in den Be-

griffen und Wertvorstellungen imhalb der Sozialdemokratischen Partei ist ja im übrigen die eigentliche Ursche für den Zerfall der alten Regierung gewesen.

Die Sozialdemokraten sind den Vorfragen ausgewichen, und die müssen wir in den Diskussionen, die wir führen, stellen, wir müssen auf Verteidigungspolitische und militärpolitische Diskussionen bestehen. Viele — vor allem junge Mitglieder — der sogenannten Friedensbewegung sind geschult und wissen in den Details Bescheid.

Deswegen gehört es auch zu unserer Aufgabe in der Vorbereitung auf unsere bundesweite Aktion, daß wir uns sachverständig machen. Daß wir uns ja sogar besser Bescheid wissen, auch in den Detailfragen. Deswegen schlagen wir vor, daß sich in allen Kreisverbänden 10, 20 Mitglieder unserer Partei ganz besonders vorbereiten auf diese Diskussion und nicht nur die eigenen Parteifreunde und unsere Anhänger informieren, sondern mit ihrem Wissen und mit unseren Zielvorstellungen auch in die Veranstaltungen der anderen hineingehen und sich der Diskussion stellen. Dies bedeutet, daß wir uns diese Sachfragen erarbeiten müssen, und wir haben in unseren Broschüren dafür eine ausgezeichnete Handreichung geben.

Wenn ich sage, wir müssen uns sachverständig machen in den aktuellen Verteidigungspolitischen Fragen, also auch in den Fragen der Nachrüstung und der Verteidigung der Sowjetunion, so verbinde ich aber gleichzeitig damit den Wunsch und die Bitte, die auch schon der Bundeskanzler ausgesprochen hat, daß wir diese Diskussion nicht in den Vordergrund stellen, sondern gleichwertig damit die grundsätzlichen Fragen unserer Verteidigungspolitik erörtern. Der eigentliche Fehler,

den vergangenen Monaten gemacht worden ist, auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, liegt nach meiner Überzeugung darin, daß alle, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, sich konzentrieren auf die Zahl der Raketen, die gegeneinander abgewogen werden. Wir müssen als christliche Demokraten zunächst einmal die Diskussion in Gang bringen über die Frage: Gibt es denn etwas in unserer Verfassung, in unserem Staatswesen und in unserer Gesellschaft, was verteidigungswert ist? Denn wenn es nichts Verteidigungswertes gibt, dann brauchen wir auch keine Waffen.

Das heißt, ich muß zunächst einmal eine Klarheit darüber bekommen, auch in der Diskussion mit dem politischen Gegner, ob sie überhaupt der Auffassung sind, daß sie hier in einem freiheitlichen Rechtsstaat leben, den wir nicht aufs Spiel setzen dürfen. Unsere Väter und Großväter, nicht nur bei uns in der Bundesrepublik Deutschland, sondern in ganz Europa, haben dafür gekämpft, daß endlich Freiheit und Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit möglich sind. Wir müssen deswegen die anderen zwingen, daß sie sich dieser Vorfrage stellen, daß sie ihr nicht ausweichen. Es wäre richtig gewesen vom SPD-Vorstand, nach dem Abschuß des koreanischen Jumbo-Jets durch die UdSSR, die in Mutlangen demonstrierenden Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei — darunter Bundestagsabgeordnete, SPD-Vorstandsmitglieder wie Lafontaine und Eppel, aufzufordern, aus Mutlangen abzuziehen und sich vor der sowjetischen Botschaft in Bonn aufzustellen.

Die politische Auseinandersetzung ist eine geistige Auseinandersetzung, und hier geht es um Symbole und um Begriffe, um die richtige Besetzung der Begriffe. Es geht darum, daß wir die geistige Auseinandersetzung beenden.

Und es ist nicht das erstmal, daß diese geistige Verwirrung dadurch entstanden

ist, daß die Sozialdemokraten von Kommunisten erfundene, von Kommunisten geprägte Begriffe übernommen und in die innenpolitische Diskussion eingeführt haben. Herbert Wehner hat als erster demokratischer Politiker in der Bundesrepublik Deutschland die Definition des Warschauer Paktes als ein Verteidigungsbündnis übernommen und in die sozialdemokratische Sicherheitspolitik eingeführt. Das kann doch wohl nichts anderes bedeuten, daß, wer so definiert, der NATO Angriffsabsichten unterstellt. Berufsverbot, ein von den Kommunisten erfundener Begriff, um den langen Marsch durch die Institution für diejenigen zu ermöglichen, die diese Verfassung beseitigen wollen. Von den Sozialdemokraten in die innenpolitische Auseinandersetzung eingeführt, obwohl wir alle wissen, daß es ein Berufsverbot in der Bundesrepublik Deutschland nicht gibt.

Stamokap, ein von den Staats- und Gesellschaftswissenschaften der DDR formulierter Begriff, ist von weiten Teilen der SPD, von der Jugendorganisation der SPD zum Kampfbegriff gegen die Soziale Marktwirtschaft verwendet worden. Dies ist der Punkt, um den es geht. Wo wir die Sozialdemokraten herausfordern müssen, wieder in den eigenen Reihen für Klarheit der Gedanken und auch der Ziele zu sorgen. Und wir müssen in dem Zusammenhang die Frage stellen, auch in der Diskussion um den Frieden, wem es denn eigentlich nützt, wenn die Sozialdemokraten ständig den Verhandlungswillen der Vereinigten Staaten in Frage stellen. Dies tut die Sowjetunion auch.

Wem nützt es denn eigentlich in der innenpolitischen Diskussion, wenn die Sozialdemokraten von uns und von der Bundesregierung verlangen, entweder die Entscheidung hinauszuschieben oder ganz von dem zweiten Teil des NATO-Doppelbeschlusses abzurücken. Bedingungslos sozusagen, wie die baden-württembergischen Sozialdemokraten es beschlossen haben und immer mehr

Bezirksparteien der SPD dies offenbar vorhaben; also verlangen, daß wir den NATO-Doppelbeschuß aufgeben und damit gegenüber den Verbündeten wortbrüchig werden.

Glaubt denn jemand im Ernst, wenn die Bundesregierung so handeln würde, daß dies dem Westen nützt. Wenn dies am Ende dieser politischen Entwicklung stünde, würde dies ganz eindeutig dem machtpolitischen Interesse der Sowjetunion nützen. Dies wäre ein zentraler Schlag gegen das Bündnis, und wir wären damit am Anfang vom Ende der westlichen Allianz insgesamt. Dies muß den Sozialdemokraten deutlich gemacht werden.

Wir sehen mit großer Besorgnis den in den sozialdemokratischen Gruppierungen vorhandenen, wachsenden Antiamerikanismus, die Beteiligung führender Sozialdemokraten an der Blockade amerikanischer Kasernen, den Aufruf bzw. die Ermöglichung der Teilnahme sozialdemokratischer Mitglieder an den organisierten Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschuß, wir sehen vor allem mit großer Sorge die Forderung führender SPD-Politiker nach dem Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO. Wenn die Sozialdemokraten jetzt sagen, die Blockade, und das heißt auf deutsch: Nötigung, sei zwar nicht legal, aber legitim, dann müssen wir die Sozialdemokraten eindringlich fragen, was sie hier tun.

Im Artikel 20 des Grundgesetzes ist die Frage des Widerstandsrechtes verfassungsrechtlich verankert. Im Artikel 20, in Absatz 2, steht: ... alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, und sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden. Im vierten Absatz heißt es: ... „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu be-

seitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand.“

Widerstand, meine lieben Parteifreunde, im Sinne des Grundgesetzes ist daher geboten gegenüber denjenigen, die durch ihre juristische Rabauistik der Unterscheidung von legal und legitim die verfassungsmäßigen Grundlagen des Rechtsstaates aufzulösen versuchen.

Wenn wir uns mit unserer Politik des Friedens und der Freiheit gegenüber dem Bürger verständlich machen, dann kommt es entscheidend darauf an, daß wir unsere Politik moralisch begründen. Dies ist eine grundsätzlich bedeutende Frage, vor allem in der Auseinandersetzung mit vielen jungen Menschen, die sich zum Christentum bekennen. Es berührt den Kern des Verständnisses der Christlich Demokratischen Union, wenn Gruppen und Organisationen und auch die Medien mit Bezug auf das Evangelium und die Bergpredigt unserer Verteidigungspolitik die moralische Legitimation absprechen. Das betrifft den Kern des Selbstverständnisses der Union, betrifft uns als christliche Demokraten in ganz besonderer Weise. Vor allem auch deswegen, weil wir ja diejenigen, die aus einer edlen Gesinnung, aus einer guten Absicht heraus, in den kommenden Wochen und Monaten auf die Straße gehen und demonstrieren, weil wir sie ja auch für unsere Positionen und unsere Politik gewinnen wollen.

Wir wollen diese Menschen nicht abschreiben. Wir werfen sie auch nicht in einen Topf mit den sogenannten Zweckpazifisten im Dienste einer anderen Macht. Die gibt es auch. Aber von denen spreche ich nicht, sondern von denjenigen, die, aus den Kirchen kommend, sich für den Frieden einsetzen.

Diese Menschen dürfen wir nicht allein lassen, sondern müssen ihnen begegnen durch Argumentation, durch Gespräche und nicht nur dadurch, daß wir selber Veranstaltungen

durchführen, sondern daß wir z. B. in die Jugendzentren hineingehen, daß wir den kirchlichen Jugendorganisationen in den kommenden Wochen und Monaten anbieten, mit Ihnen zusammen Podiumsdiskussionen durchzuführen, daß wir Einladungen annehmen, wenn solche Diskussionen in den Pfarrgemeinden z. B. oder in den Jugendzentren durchgeführt werden.

Weichen wir diesen Diskussionen nicht aus. Ich weiß genau, es gibt bei dem einen oder anderen vielleicht eine Berührungsangst. Aber die müssen wir überwinden.

Wir können andere nicht überzeugen, ohne mit ihnen zu sprechen. Und ich bin auch davon überzeugt, daß wir in der Lage sind, gerade was die moralische Begründung anbelangt, zumindest die anderen nachdenklich zu machen.

Natürlich muß die Grundfrage abgeklärt werden. Ob denn überhaupt ein Christ, der sich zum Evangelium und zur Bergpredigt bekennt, überhaupt das Recht hat, sich zu verteidigen. Um diese Fragen auch in aller Öffentlichkeit zu diskutieren, haben wir Franz Alt eingeladen für eine Diskussion am 27. September im Konrad-Adenauer-Haus. Das hat viele gewundert. Franz Alt ist Mitglied der Christlich Demokratischen Union und steht auf einer politischen Position, die der ganz überwiegende Teil in der Union nicht teilt. Aber er hat in einer sehr engagierten und emotionalen Weise ein Buch zu diesem Thema geschrieben, das gelesen wird in vielen Pfarrjugendgruppen und weit darüber hinaus. Diese Thesen und diese Interpretation der Bergpredigt und des Evangeliums können nicht unbeantwortet bleiben. Deswegen müssen wir uns auch mit den moralischen Grundlagen unserer eigenen Politik intensiv beschäftigen. Es ist wahr, daß die Bergpredigt eine Herausforderung ist an jeden einzelnen Christen, aber genauso wahr ist es, daß aus dem Gebot der Nächstenliebe die Forderung resultiert,

anderen, dem Nächsten, zu helfen, ihn zu unterstützen, dann, wenn ihm Gewalt droht, wenn ihm Unrecht angedroht wird, wenn ihm Unrecht angetan wird. Dies ist eine Forderung der Nächstenliebe.

Ich kann nicht, wenn Unrecht geschieht, als Christ den Kopf zur Seite wenden und vorbeilaufen. Deswegen hat auch der demokratische freiheitliche Rechtsstaat eine moralische Verpflichtung aus dem christlichen Gebot der Nächstenliebe heraus, sowohl nach innen wie nach außen, unrechte Gewalt von seinen Bürgern abzuwenden.

Niemand ist gezwungen, seine verteidigungspolitische Position mit dem Christentum und dem Evangelium und der Bergpredigt zu begründen, aber wenn er sich auf das Christentum beruft, dann kann er sich nicht aus der Bergpredigt und aus dem Evangelium gerade das heraussuchen, was ihm in den politischen Kram paßt.

Schiller hat einmal gesagt: Der Freiheit eine Gasse! Das ist unsere Aufgabe. In dieser Zeit der geistigen Verwirrung, der Freiheit und der Wahrheit eine Gasse zu schlagen, das ist unsere Aufgabe in den kommenden 10000 Tagen. Ich finde, wir sollten dies aus voller Überzeugung tun, denn wir streiten und kämpfen für eine gute und für eine gerechte Sache. Wir streiten und kämpfen dafür, daß nicht zum drittenmal in diesem Jahrhundert Deutschland in eine tödliche Krise gerät.

Es liegt an uns, den Christlichen Demokraten, über den Tag hinaus dafür zu sorgen — und dafür sind die kommenden Wochen und Monate entscheidend —, daß unsere Familien, unsere Kinder und unsere Enkel auch in den kommenden Jahrzehnten, so wie dies von uns nach dem Kriege geschaffen worden ist mit Konrad Adenauer bis heute zu Helmut Kohl, in Frieden, aber auch in Freiheit und Gerechtigkeit leben können.

■ INFORMATION

50 000 Arbeitslose werden beschäftigt

Durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) der Arbeitsämter werden in diesem Jahr schätzungsweise 50 000 Arbeitslose beschäftigt. Dafür hat die Bundesanstalt für Arbeit fast 1,7 Milliarden Mark eingeplant, teilte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt (CDU), in der Fragestunde des Bundestages auf Anfrage des SPD-Abgeordneten Horst Peter mit. Im vergangenen Jahr waren 30 000 Arbeitslose mit ABM-Programmen der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit beschäftigt worden.

Berliner Krankenhäuser erarbeiteten Überschüsse

Während in allen deutschen Bundesländern der Krankenhaussektor zu den Sorgenkindern der Gesundheitspolitiker gehört, machen die Berliner Krankenhäuser Gewinn. Allein im ersten Halbjahr 1983 erwirtschafteten sie einen Überschuß von rund 9 Mill. DM. Der Berliner Senator für Gesundheit, Soziales und Familie, Ulf Fink (CDU), legte jetzt die Erfolgsbilanz der Berliner Krankenhäuser für 1982 und das erste Halbjahr 1983 vor. Danach erwirtschafteten die Krankenhäuser 1982 einen Gewinn von 24 Mill. DM bei einem Jahresumsatz von rund 1,1 Mrd. DM. Die gesunde Wirtschaftsstruktur der Berliner Krankenhäuser ist allerdings auch für die Berliner etwas Neues. Beim Amtsantritt des neuen Senates im Jahr 1981 hatten die Berliner Krankenanstalten die gleichen Probleme wie die Häuser im Bund.

Bastian unkameradschaftlich

Am 14. September hat der Verteidigungsausschuß mehrere und für die persönliche Situation der Soldaten ganz entscheidende Kapitel des Einzelplanes 14 des Bundeshaushaltes beraten. Hierzu erklärt der

Abgeordnete Markus Berger (CDU): Wenn es darum geht, Soldaten nach schwerem Dienst durch sogenannte Sitzblockaden in ihren Kasernen einzusperren oder sich in spektakulärer Weise von Ordnungshütern wegtragen zu lassen, dann darf der „Grüne“ Abgeordnete Bastian nicht fehlen. Wenn es aber darum geht, im Verteidigungsausschuß über Wohl und Weh der Soldaten zu beraten, über Verwendungsstau, Dienstzeitbelastung, Organisations- und Stellenpläne und Geldansatzstärken, dann glänzt der General a. D. durch Abwesenheit. Dies ist wenig kammeradschaftlich und schon gar nicht fürsorglich. Während der gesamten Zeit, in der im Verteidigungsausschuß am 14. September die einzelnen Kapitel des Haushaltes 1984 beraten wurden, haben weder er noch sein Stellvertreter an der Sitzung teilgenommen. Wahrscheinlich ist den Grünen diese notwendige Alltagsarbeit nicht spektakulär genug. Demos sind für sie interessanter.

Mehr Geld für den Zonenrand

Nach dem gegenwärtigen Stand der Haushaltseratungen kann davon ausgegangen werden, daß die finanziellen Mittel für die Zonenrandförderung im Jahr 1984 weiter aufgestockt werden, stellt MdB Wilfried Böhm, Vorsitzender des Unterausschusses Zonenrandförderung, fest. Damit wird die große Bedeutung unterstrichen, die Bundeskanzler Helmut Kohl in seinen Regierungserklärungen der Förderung des Zonenrandgebietes zugemessen hat. Schon für 1983 hatte die neue Bundesregierung die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für das Zonenrandgebiet vorgesehenen Mittel von 102,5 Mio. DM um 16 Mio. DM auf 118,5 Mio. DM erhöht. Nunmehr werden diese für die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung besonders wichtigen Zuschußmittel der Gemeinschaftsaufgabe für 1984 erneut um 11,75 Mio. DM auf insgesamt 130,25 Mio. DM aufgestockt.

■ CDU RHEINLAND

Bernhard Worms: Wir sind zur Zusammenarbeit mit der FDP bereit

Mit dem bisher besten Ergebnis ist der Spitzenkandidat der nordrhein-westfälischen CDU und Oppositionsführer im Landtag, Bernhard Worms, am 16. September 1983 in Köln in seinem Amt als rheinischer CDU-Landesvorsitzender bestätigt worden.

Worms erhielt bei seiner zweiten Wiederwahl 434 von 490 Stimmen (bei je 28 Nein-Stimmen und Enthaltungen). Dies entspricht einem Zustimmungsgrad von 88,6 Prozent. Zu Stellvertretern von Worms wurden der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt (326), der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und rheinische Mittelstandsvorsitzende, Hansheinz Hauser (311), der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium für Arbeit und Sozialordnung und rheinische CDA-Vorsitzende, Wolfgang Vogt (264), und die Landtagsabgeordnete Margarete Verstegen (264) gewählt. Als Landesschatzmeister bestätigt wurde der Bergisch-Gladbacher Bundestagsabgeordnete und frühere Landesgeschäftsführer Franz Heinrich Krey.

Bernhard Worms hatte den Parteitag mit einer Grundsatzrede eröffnet, in der er betonte, daß sich die rheinische CDU nach den gewonnenen Bundestagswahl „eingerichtet, geschlossener und solidarischer denn je“ präsentiere. Nur noch zwei Jahre trennten die Union von der entscheidenden Landtagswahl 1985. Worms: „Was

uns im Bund gelang, ist auch in diesem Lande längst überfällig: eine grundlegende politische Erneuerung unter Führung der Union. Wir setzen auf Sieg.“

An die Adresse der FDP gewandt, bemerkte Bernhard Worms: „Nach der Lage der Dinge brauchen wir — wie auch im Bund, — einen Partner für eine stabile und verlässliche Regierungsmehrheit. Nach langer Zeit zeichnet sich in der nordrhein-westfälischen FDP immer deutlicher der Wille ab, mit uns zusammenzugehen. Wir haben keine Stimmen zu verschenken. Aber: Wir sind zur Zusammenarbeit bereit.“ Zu den fünf Schwerpunkten erläuterte der Landesvorsitzende:

Wirtschaftlicher Aufschwung, Arbeit und Umweltschutz

Kern unserer mit dem Bund abgestimmten Wirtschaftspolitik ist nicht die Be standserhaltung überholter Strukturen, sondern Zukunftsfinanzierung.

Wir werden Ökologie und Ökonomie, also sinnvolles wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz, miteinander versöhnen.

Eine von mir geführte Landesregierung wird ein Programm für die Förderung betrieblicher Neugründung auflegen.

Zu diesem Zweck werden wir eine Art Landesstrukturbank gründen, mit deren Hilfe jetzt noch brachliegende Mittel gezielt, schnell und wirksam in den Aufbau neuer Unternehmen fließen können.

Schutz und Förderung der Familie

Zukunftsweisende Familienpolitik darf nicht dem Rotstift zum Opfer fallen.

Erziehungszeiten, die unter Verzicht auf Erwerbstätigkeit geleistet werden, sollen künftig auch einen eigenständigen Rentenanspruch begründen. Wir sind im Wort, das Mutterschaftsgeld nicht nur den vorher Erwerbstätigen, sondern allen Müttern zu gewähren. Die CDU Rheinland steht dafür, daß dieses Versprechen auch eingehalten wird.

Wir retten unsere Schulen

Die sozialdemokratische Landesregierung hat für Nordrhein-Westfalen bereits das große Schulsterben eingeläutet. Als bequemes Alibi dient ihr dabei der absehbare Rückgang der Schülerzahlen. Dem sollen Hunderte von Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien zum Opfer fallen. Auf dem Umweg über diesen schulpolitischen Kahlschlag hoffen die Sozialdemokraten dann doch noch, ihre flächendekkende Gesamtschule durchsetzen zu können. Wir werden uns dieser bedrohlichen Entwicklung mit aller Kraft entgegenstellen. Die Erhaltung des gegliederten Schulwesens und unserer Schulen am Ort hat für uns absolute Priorität.

Die kommunale Selbstverwaltung stärken

Wir kämpfen um die Zukunft unserer Gemeinden, Städte und Kreise als Ausdruck einer lebendigen, bürgernahen, freiheitlichen demokratischen Politik und Selbstverwaltung vor Ort. Wir wollen die Kommunen vor finanzieller Überlastung durch fremdbestimmte Aufgaben schützen, ihre rechtlichen und politischen Gestaltungsmöglichkeiten erweitern und ihre örtlichen Zuständigkeiten sichern. Für die Großstädte gilt unser Modell der „gegliederten Stadt“. Indem wir den Bezirken mehr Zuständigkeiten z. B. für örtliche Bebauungspläne, soziale Einrichtungen, Kindergärten und die Gestaltung des Ortsbildes geben, beleben wir kommunale Eigenverantwortung, und wirken wir der drohenden Entfremdung zwischen den Bürgern und ihren Städten entgegen.

Neuverschuldung zurückführen

Unser Ziel ist es, in den nächsten zehn Jahren die Neuverschuldung Jahr für Jahr um mindestens eine Milliarde D-Mark zurückzuführen. Dies wird nur durch sparsame und solide Haushaltsführung und zweckentsprechende Verwendung der Steuermehreinnahmen gelingen, die im Zuge neuen wirtschaftlichen Wachstums und verbesserter Beschäftigungslage zu erwarten sind.

Mit freundlichem Beifall begrüßte der Parteitag den westfälisch-lippischen CDU-Landesvorsitzenden Kurt H. Biedenkopf, der Worms zu seiner Wiederwahl mit einem „Traumergebnis“ gratulierte. Er versprach die volle Unterstützung und „Rückenwind“ der westfälisch-lippischen Landespartei.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler richtete auf dem Parteitag heftige Angriffe gegen die SPD. Die Sozialdemokraten zeigten in der Nachrüstungsdiskussion eine „nahezu nahtlose Identität von Argumenten“ mit der Sowjetunion.

Die SPD hat sich in ihrer Forderung nach einseitiger Abrüstung, für die sich inzwischen vier Landesverbände ausgesprochen hätten, zu einem Anhängsel der sogenannten Friedensbewegung gemacht und ihre eigene Position in ihrer Sicherheitspolitik aufgegeben. Geißler warf insbesondere dem Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, der dieser Tage geäußert hat, er habe dem NATO-Doppelbeschuß nur zugestimmt, um die damalige Regierung Schmidt zu stützen, vor, die Bürger und Verbündeten bewußt jahrelang getäuscht und hinters Licht geführt zu haben. Die Äußerungen von Lafontaine und Klose machen zudem immer klarer, daß die Sozialdemokraten zunehmend auch die NATO in Frage stellen. Nach Ansicht Geißlers hätten damit die Sozialdemokraten den seit 1960 bestehenden Konsens beider großen Parteien in der Sicherheitspolitik aufgekündigt.

HESSENWAHL

Für eine Koalition der Mitte – gegen ein rotgrünes Bündnis

Der Landesvorstand der hessischen CDU hat am 14. September in Frankfurt beschlossen, in der Schlußphase des Landtagswahlkampfes verstärkt für ein „Bündnis der Mitte“ zu werben, da nur CDU und FDP gemeinsam im Hessischen Landtag den notwendigen Wechsel in der Regierungsverantwortung sicher bewirken können.

Jede Stimme für die Union ist ebenso wie auch jede Stimme für die FDP eine Stimme für eine CDU-geführte hessische Landesregierung. Die Union will eine solche Regierung der liberalen Mitte auf eine möglichst breite Zustimmung in der Bevölkerung gründen, wie sie sich in einem Koalitionsbündnis von CDU und FDP wider-spiegelt, erklärte Walter Wallmann und führte u. a. aus:

„Die hessischen Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen wissen, daß am 25. September 1983 in diesem Land darüber abgestimmt wird, ob SPD und Grüne erneut in die Lage versetzt werden, zum Schaden der Menschen gemeinsame Sache zu machen – und dies womöglich noch mit einem Grünen Minister im Kabinett –, oder ob eine CDU/FDP-Koalition durch eine sachliche, am Wohle aller orientierte Politik dem Land wieder Zukunftsperspektive geben kann.“

Die gegenwärtigen Erklärungen der SPD sind vor dem Hintergrund des rotgrünen Bündnisjahres im Hessischen Landtag und den im letzten Wahlkampf abgegebenen Versicherung absolut unglaublich.

Ich bin der festen Überzeugung, daß die SPD, für die es nach den Worten des Vorsitzenden des Bezirksverbandes Hessen-Süd, Goerlach, keine Alternative zur rotgrünen Zusammenarbeit gibt, diese auch tatsächlich erneut praktizieren wird, sollte der Wähler die Grünen wieder in den Landtag schicken. Ob eine solche Politik mit Herrn Börner oder ohne ihn vollzogen würde, ist eine zweitrangige Frage.

In diesem Zusammenhang muß auch daran erinnert werden, daß die SPD ihren Wählern nach wie vor vorenthält, politische Klarheit für die Zeit nach der Wahl zu schaffen. Erst auf einem Sonderparteitag will sie beschließen, ob sie und in welcher Form sie grünrote Politik im Hessischen Landtag fortsetzen wird. Ein solches Verfahren kann zu Recht als Wahltäuschung angesehen werden, da die SPD mit den für sie abgegebenen Stimmen eine Politik der rotgrünen Totalverweigerung als mögliches Parteitagsergebnis nach dem 25. September bis zum heutigen Tag nicht klar und unzweideutig ausgeschlossen hat.“

Diesem Bild der Unsicherheit, Unklarheit und Unkalkulierbarkeit stellt die Union in der letzten Phase ihres Wahlkampfes ihren Appell gegenüber, statt weiterer rotgrüner Experimente am 25. September sicherzugehen und eine Politik des Maßes, der Mitte und des Ausgleichs aus CDU und FDP zu wählen, damit Hessen vor Schaden bewahrt wird und die in Bonn eingeleitete Politik des Aufschwungs eine wirksame Stütze erfährt.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

30. 9. Junge Union Rheinland
Landesvorstand, Leverkusen
- 1./2. 10. CDA Bund
20. Bundestagung, Münster
1. 10. Frauenvereinigung
Baden-Württemberg
Landesdelegiertentag, Ulm
1. 10. Junge Union Rheinland
Landestagung, Kleve
1. 10. Junge Union Baden-Württemberg
Internationales
Bodenseetreffen, Hagnau
3. 10. LV Rheinland-Pfalz
Landesvorstand, Mainz
5. 10. Frauenvereinigung Saar
Öffentliche Veranstaltung
Thema: „CDU-Politik für Frieden,
Freiheit und Menschenrechte“,
St. Wendel
6. 10. LV Baden-Württemberg
3. Kommunalpolitischer Treff,
Kornwestheim
6. 10. CDA Nordrhein-Westfalen
Arbeitnehmergruppe NW,
Düsseldorf
7. 10. LV Schleswig-Holstein
Landesvorstand
mit Kreisvorsitzenden und
Vorsitzenden
der Vereinigungen, Kiel

Aktion „Friedenstage“: Schreiben Sie uns!

Unsere Aktion „10000 Friedenstage der CDU“ ist in vielen Verbänden der Partei bereits angelaufen oder wird noch durchgeführt. Wenn Sie schon konkrete Planungen vorgenommen oder Veranstaltungen durchgeführt haben, dann schreiben Sie uns, damit wir Ihre Ideen weitergeben können.

Anschrift: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1.

Schreiben Sie uns, wann, wo und mit welchem Programm Ihr Friedenstag durchgeführt wird, denn in diesen Tagen sind wir oft von der Presse nach entsprechenden Terminen gefragt worden. Das Interesse ist groß!

7. 10. LV Westfalen-Lippe
Landesvorstand, Dortmund
7. 10. Frauenvereinigung Saar
Öffentliche Veranstaltung
Thema: „CDU-Politik für Frieden,
Freiheit und Menschenrechte“
Neunkirchen

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM.** Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.